



# **NIEDERSCHRIFT**

**über die 10. Sitzung des Stadtrates**

**der Stadt Landau in der Pfalz**

**am Dienstag, 29.06.2010,**

**im Rathaus, Marktstraße 50, Ratssaal**

Beginn: 17:00

Ende: 22:17



Anwesenheitsliste

SPD

Sonja Baum-Baur

Dr. Hans-Jürgen Blinn

Franco Casella

Dott. Francesca Chillemi Jungmann

Hermann Demmerle

Klaus Eisold

Dr. Maximilian Ingenthron

Dr. Hannes Kopf

Prof. Peter Leiner

Kurt Ludwig

Günter Scharhag

Michael Scheid bis TOP 22 ö.S.

Hans Peter Thiel ab TOP 2 ö.S.

Monika Vogler

Natascha Walz

CDU

Heidi Berger

Susanne Burckhardt

Jürgen Doll

Rudi Eichhorn

Peter Heuberger

Andreas Hott

Theo Kautzmann

Wolfgang Kern

Peter Lerch



Rolf Morio

Dorothea Müller

Wilhelm Prokop

Sandro Zandonella

Bündnis 90/Die Grünen

Marianne Brunner

Alexander Ellinghaus ab TOP 2 ö.S.

Dietrich Herdel

Susanne Schröer

FWG

Wolfgang Freiermuth

Wolfgang Gauer

Dr. Peter Leydecker

Hans Volkhardt

FDP

Martin Heupel

Otto Pfaffmann

Jochen Silbernagel

Dr. Elke Wissing

UBFL

Bertram Marquardt

Dr. Gertraud Migl

Fraktionslos

Magdalena Schwarzmüller



Vorsitzender

Hans-Dieter Schlimmer

Bürgermeister

Thomas Hirsch

Beigeordnete

Rudi Klemm

Maria Helene Schlösser

Berichterstatter

Christine Baumstark	(Hauptamt)
Gerhard Blumer	(Friedhofsverwaltung)
Michael Götz	(Gebäudemanagement)
Ute Hangen	(Landesgartenschau GmbH)
Matthias Schmauder	(Landesgartenschau GmbH)
Udo Hans	(Amt für Recht, Ordnung und Umwelt)
Michael Heder	(Stadtbauamt)
Peter Kaiser	(Stadtbauamt)
Martin Messemer	(Finanzverwaltung und Wirtschaftsförderung)
Ralf Müller	(Amt für Schulen, Kultur und Sport)

Sonstige

Joachim Arbogast	(Ortsvorsteher Mörlheim)
Petra Bechtold	(Ortsvorsteherin Dammheim)
Rudolf Boesche	(Ortsvorsteher Wollmesheim)
Aydin Tas	(Vorsitzender Beirat Migration und Integration)

Schriftführer



Markus Geib

Entschuldigt

CDU

Dr. Thomas Bals



Zu dieser Sitzung war unter gleichzeitiger Bekanntgabe der Tagesordnung ordnungsgemäß eingeladen worden.

Der Vorsitzende teilte mit, dass der Ortsvorsteher von Arzheim, Herr Martin Gensheimer, mit Schreiben vom 28. Juni 2010 mit sofortiger Wirkung zurückgetreten ist. Da innerhalb von drei Monaten neu zu wählen sei, bitte er unter Tagesordnungspunkt 7 die Festlegung des Wahltermins neu aufzunehmen.

**Der Stadtrat stimmte der Ergänzung der Tagesordnung einstimmig zu.**

Ratsmitglied Dr. Ingenthron bat darum die Punkte 9 und 9.1. getrennt abzustimmen.

Ratsmitglied Dr. Migl schlug vor, den Tagesordnungspunkt 20 – Friedhofssatzung – ein wenig nach vorne zu ziehen, da einige Bürger deswegen anwesend seien.

Der Stadtrat stimmte einstimmig zu, diesen Tagesordnungspunkt als TOP 15 der öffentlichen Sitzung nach vorne zu nehmen.

Damit bestand folgende Tagesordnung:

## **T a g e s o r d n u n g**

### **Ö f f e n t l i c h e S i t z u n g**

1. Einwohnerfragestunde
2. Antrag der CDU-Stadtratsfraktion; Parkraumsituation in Landau  
Vorlage: 101/073/2010
3. Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion; Resolution zur Abschaltung der Atomkraftwerke  
Vorlage: 101/078/2010
4. Verleihung der Ehrennadel der Stadt Landau in der Pfalz an Herrn Hermann Stein  
Vorlage: 100/017/2010
5. Verleihung der Ehrennadel der Stadt Landau in der Pfalz an Herrn Alwin Bengert  
Vorlage: 100/018/2010
6. Verleihung der Ehrennadel der Stadt Landau in der Pfalz an Herrn Karl-Heinz Seibel  
Vorlage: 100/019/2010
7. Festsetzung des Wahltages für die Wahl des Ortsvorstehers des Stadtteils Arzheim  
Vorlage: 100/021/2010
8. Generalsanierung der Berufsbildenden Schule Landau  
Vorlage: 820/028/2010
9. Vorstellung der zukünftigen Geschäftsführer der Landesgartenschau Landau 2014 gemeinnützige GmbH, Herr Matthias Schmauder und Frau Ute Hangen
10. Landesgartenschau Landau 2014; Gründung der Landesgartenschau Landau 2014 gemeinnützige GmbH  
Vorlage: 100/020/2010



- 10.1. Antrag der UBFL-Stadtratsfraktion; Änderung des Gesellschaftsvertrages der Landesgartenschau Landau 2014 gemeinnützige GmbH  
Vorlage: 101/077/2010
11. Wahl des Aufsichtsrates der Landesgartenschau Landau 2014 gemeinnützige GmbH
12. Darlehensvertrag zum Durchführungshaushalt der Landesgartenschau Landau 2014 gemeinnützige GmbH  
Vorlage: 200/023/2010
13. Informationen zur Landesgartenschau
14. Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme "Konversion Landau Süd"; Gebäudeabbrüche und Bodensanierung im Kasernengelände "Estienne Foch"  
Vorlage: 610/057/2010
15. Friedhofssatzung  
Vorlage: 310/005/2010
16. Neuwahl des Umlegungsausschusses  
Vorlage: 101/076/2010
17. Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH, 1. Feststellung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes 2009, 2. Verwendung des Jahresergebnisses 2009, 3. Entlastung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates  
Vorlage: /005/2010
18. Freizeitbad LA OLA, Anpassung Tarifstruktur  
Vorlage: /007/2010
19. Bildung eines Umweltamtes; Änderung des Dezernatsverteilungsplans  
Vorlage: 130/044/2010/1
20. Spenden, Sponsoringleistungen, Schenkungen und ähnliche Zuwendungen gem. § 94 Absatz 3 Gemeindeordnung  
Vorlage: 200/025/2010
21. Hauptsatzung  
Vorlage: 310/007/2010
22. Ausbaubeitragssatzung (wiederkehrende Beiträge)  
Vorlage: 310/008/2010
23. Benutzungs- und Kostenordnung für die außerschulische Nutzung von Räumen in Landauer Schulen (ausgenommen Schulsporthallen)  
Vorlage: 400/014/2010
24. Bereitstellung von überplanmäßige Mittel für die Beschaffung von Lernmittel im Rahmen der Lernmittelfreiheit und der entgeltlichen Schulbuchausleihe  
Vorlage: 400/016/2010
25. 1. Erhebung von Ausbaubeiträgen für die Herstellung der Straßenoberflächenentwässerung für verschiedene Straßen im Stadtteil Nußdorf  
2. Bildung der Abrechnungsgebiete und Festlegung des Anteils der Stadt Landau in der



Pfalz am beitragsfähigen Ausbauaufwand  
Vorlage: 600/015/2010

26. Bebauungsplan C 29 der Stadt Landau in der Pfalz (Gebiet in der Gemarkung Landau, nördlich der August-Croissant-Straße, westlich der Thomas-Nast-Straße und östlich der Neustadter Straße), Änderung des Aufstellungsbeschlusses  
Vorlage: 610/054/2010
27. Satzung über die Veränderungssperre für das Gebiet des Bebauungsplanes C 29 (Gebiet in der Gemarkung Landau, nördlich der August-Croissant-Straße, westlich der Thomas-Nast-Straße und östlich der Neustadter Straße)  
Vorlage: 610/055/2010
28. Aufstellung der 11. Teiländerung des Flächennutzungsplanes 2010 im Parallelverfahren zur Aufstellung des Bebauungsplanes C29 (Gebiet in der Gemarkung Landau, nördlich der August-Croissant-Straße, westlich der Thomas-Nast-Straße und östlich der Neustadter Straße)  
Vorlage: 610/056/2010
29. Erhebung von Beiträgen für die Erneuerung der Beleuchtungsanlage in der Vogesenstraße und Gabelsbergerstraße, Bildung der Abrechnungsgebiete, Festlegung des Anteils der Stadt Landau an den Aufwendungen, Erhebung von Vorausleistungen  
Vorlage: 680/021/2010
30.
  1. Erhebung von Ausbaubeiträgen für die Herstellung der Straßenoberflächenentwässerung für die Straßen Friedrich-Ebert-Straße (nördl. u. südl. Teilstück), Horstschanze (südl. Teilstück), Prießnitzweg, Trappengasse in Landau in der Pfalz
  2. Bildung der Abrechnungsgebiete und Festlegung des Anteils der Stadt Landau in der Pfalz am beitragsfähigen Ausbauaufwand  
Vorlage: 680/022/2010
31.
  1. Erhebung von Ausbaubeiträgen für die Erneuerung der Straßenoberflächenentwässerung für die Staubgasse im Stadtteil Arzheim
  2. Bildung des Abrechnungsgebietes und Festlegung des Anteils der Stadt Landau in der Pfalz am beitragsfähigen Ausbauaufwand  
Vorlage: 680/023/2010
32. Verschiedenes





**Öffentliche Sitzung**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 1. (öffentlich)**

**Einwohnerfragestunde**

Von den anwesenden Einwohnern wurden keine Fragen gestellt.



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2. (öffentlich)

### Antrag der CDU-Stadtratsfraktion; Parkraumsituation in Landau

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 29. Mai 2010, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Heuberger begründete den Antrag. Überraschenderweise habe man die Antwort auf den Antrag bereits heute in der Zeitung lesen können. Landau sei das wirtschaftliche Zentrum der Südpfalz, aber Landau sei nicht Parkplatz. Die CDU-Fraktion verfolge mit zunehmender Sorge, dass im Zuge der begrüßenswerten Neugestaltung der Innenstadt immer mehr Parkplätze wegfallen. Landau habe viele Funktionen wie Wohnen, Arbeiten, Dienstleistungen, Handel und Kultur. Viele Funktionen erforderten aber auch viele Stellplätze. Alleine das Wohnen in der Innenstadt erfordere Parkplätze. Man wolle mit diesem Antrag sicherstellen, dass diese Funktionen in der Innenstadt erhalten blieben und nicht auf die Grüne Wiese abwandern. Die Äußerungen des Oberbürgermeisters in der Zeitung seien ein oberlehrerhaftes Verhalten. Die CDU sei auch nicht dem Oberbürgermeister brav gefolgt, sondern man wolle, dass es funktioniert. Es gebe durch noch so schöne Rechenbeispiele keine Vermehrung der Stellplätze.

Man sei ganz klar für die Innenstadtentwicklung, weise aber darauf hin, dass im Zuge dieser Entwicklung 300 Parkplätze wegfallen. Das als Ersatz genannte Parkhaus sei noch gar nicht gebaut. Durch den Wegfall der Parkplätze werde die Innenstadtentwicklung blockiert. Dem wolle man vorbeugen.

Der Vorsitzende entgegnete, dass alle städtebaulichen Beschlüsse gemeinsam gefasst worden seien unabhängig davon, wer gerade Oberbürgermeister war. Niemand wolle ohne Not Parkplätze in der Innenstadt wegnehmen. Man müsse einen Kompromiss zwischen einer innerstädtischen Entwicklung und der Parkplatzsituation finden. Objektiv finde man in der Innenstadt zu jeder Tages- und Nachtzeit Parkplätze. Von der Sache her sei man ja gar nicht auseinander. Er sehe hier überhaupt keinen Dissens.

Ratsmitglied Scharhag erklärte, es stehe außer Frage dass man ein möglichst optimales Parkplatzangebot in Landau wolle. Durch ständiges beklagen fehlender Parkplätze könne man aber auch die Attraktivität des Einkaufsstandortes Landau auch schlecht reden. In Landau sei ein sehr gutes Parkplatzangebot vorhanden. Alles was in dem Antrag gefordert werde, sei bereits Bestandteil der Fortschreibung des Parkraumbewirtschaftungskonzeptes. Daher müsste man eigentlich über den Antrag gar nicht mehr abstimmen. Dennoch stimme die SPD-Stadtratsfraktion dem Antrag zu.

Ratsmitglied Schröer war der Meinung, dass der Bedarf an Parkplätzen in Landau gedeckt sei. Es gebe eher zu viele Parkplätze. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen lehnten den Antrag ab.

Ratsmitglied Freiermuth bestätigte, dass das Parkraumbewirtschaftungskonzept Thema im Arbeitskreis Verkehr gewesen sei. Er sehe hier keine Differenzen zwischen dem Oberbürgermeister und der CDU. Die Parkplatzsituation in Landau sei deutlich besser als in mancher Großstadt. Das ganze sei ein Prozess, in dem man frühzeitig die Weichen stellen müsse. Von daher mache der Antrag der CDU auch Sinn. Die FWG-Stadtratsfraktion werde dem Antrag zustimmen.

Ratsmitglied Silbernagel sah in dem Antrag eine Aufforderung an die Verwaltung, eine Parkraumbilanz zu erstellen. Eine lebende Stadt brauche Parkplätze. Hier müsse Transparenz geschaffen werden, nicht nur für die Fraktionen, sondern auch für die Dienstleister in der Stadt. Eine solche Bilanzierung sei auch wichtig für den Werbekreis. Die FDP-Stadtratsfraktion stimme dem Antrag ebenfalls zu.

Ratsmitglied Dr. Migl hielt die Punkte 1, 2 und 3 des Antrages für überflüssig. Dies sei im Arbeitskreis Verkehr bereits ausführlich dargelegt worden. Der Ausbau des Parkplatzangebotes sei



nicht im Sinne der UBFL. Man habe genügend Parkplätze, so dass eigentlich mehr getan werden müsste zur Verkehrsberuhigung. Daher lehne die UBFL-Stadtratsfraktion den Antrag ab.

Ratsmitglied Schwarzmüller sah in dem CDU-Antrag nur einen Prüfauftrag. Das eigentliche Problem sei, dass die Leute nicht bereit seien ein paar Schritte in die Innenstadt zu laufen. Dieses Problem löse sich aber auch nicht durch mehr Parkplätze oder ein zusätzliches Parkhaus.

Der Vorsitzende sah in dem Antrag kein Problem. Die Verwaltung sei an dem Thema eh dran. Wenn man mehr für den Radverkehr durch beispielsweise Fahrradstreifen in der Königstraße tun wolle, würden zwangsläufig Parkplätze wegfallen.

Ratsmitglied Lerch erklärte, dass man gar nicht so weit auseinander sei. Er habe schon im April im Bauausschuss und im Stadtrat um eine Bilanz gebeten.

Der Vorsitzende erwiderte, dass alle relevanten Daten von der Verwaltung im Arbeitskreis Verkehr vorgelegt worden seien.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 38 Ja- und 6 Nein-Stimmen:

**Die Vorwaltung wird beauftragt, für den zentralen Versorgungsbereich der Innenstadt (Kern- und Ergänzungsbereich), wie er im Entwurf der Fortschreibung des Einzelhandelskonzeptes dargestellt ist,**

- 1. eine Parkraumbilanz zu erstellen, welche die derzeit vorhandenen Parkplätze beinhaltet,**
- 2. die Anzahl der Parkplätze darzustellen, die in den letzten 10 Jahren weggefallen sind und die neu geschaffen wurden,**
- 3. die Parkplätze aufzuzeigen, die aufgrund der Planungen in den nächsten 5 Jahren wegfallen (z.B. Ostbahnstraße, Königstraße),**
- 4. darzustellen, wie das derzeitige Angebot an Parkplätzen für diesen geographischen Bereich gehalten oder gar ausgebaut werden kann mit der Angabe, wo und wie viele neue Parkplätze geplant sind.**



### Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3. (öffentlich)

#### **Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion; Resolution zur Abschaltung der Atomkraftwerke**

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion vom 20. Juni 2010, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Schröer begründete den Antrag. Den Grünen gehe es mit dem Antrag darum, die Bundesregierung zum Festhalten am bestehenden Atomkonsens aufzufordern. Zur inhaltlichen Begründung zitiert sie den Wortlaut des Antrages, auf den verwiesen wird.

Ratsmitglied Dr. Kopf begrüßte, dass dieser Antrag gestellt worden sei. Die globale und nationale Klimapolitik habe immer auch eine lokale Dimension. Die SPD wolle eine Energiewende, hierfür unternehme die Stadt Landau auch einige Anstrengungen. Zum anderen würden die Gefahren der Atomenergie auch die Stadt unmittelbar berühren. Es sei wichtig klar zu machen, dass die Atomenergie ein Auslaufmodell sein müsse.

Ratsmitglied Morio stellte fest, dass derzeit hunderte von Kommunalparlamenten aufgerufen seien, diese Resolution der Grünen zu beschließen. Die CDU-Stadtratsfraktion werde der Resolution aus formalen Gründen nicht zustimmen. Zum inhaltlichen Aspekt des Antrages werde er nichts sagen. Es handle sich hier nicht um eine kommunale Selbstverwaltungsangelegenheit der Stadt Landau. In der Vergangenheit sei immer versucht worden, Resolutionen mit einer ganz breiten Mehrheit zu beschließen. Hierzu hätte es vorher immer Abstimmungen der Fraktionen untereinander gegeben. In diesem Fall seien diese Gespräche nicht geführt worden.

Ratsmitglied Volkhardt erklärte, dass die FWG-Stadtratsfraktion eine Diskussion im Stadtrat über Für und Wider der Atomkraft ablehne. Er werde daher ebenfalls nichts zum Inhalt sagen. Die Meinungen über die Atomkraft gingen sehr weit auseinander. Der Wert von Resolutionen sei sehr begrenzt. In Berlin passiere damit nichts. Der Stadtrat habe hier zu diesem Thema auch keine Zuständigkeit. Daher lehne die FWG-Stadtratsfraktion den Antrag ab.

Ratsmitglied Dr. Wissing teilte mit, dass die FDP-Stadtratsfraktion den Antrag ebenfalls ablehnen werde. Die Atomkraft sei ein bundespolitisches Thema. Diese Resolution werde die Bundespolitik ganz sicher nicht beeinflussen. Das ganze gehe über die Kompetenzen des Stadtrates hinaus.

Ratsmitglied Dr. Migl hielt das Thema Verlängerung der Laufzeiten der Atomkraftwerke für sehr aktuell. Daher begrüße sie, dass die Grünen diese Resolution in den Stadtrat eingebracht haben. Sie finde, dass dies schon kommunale Auswirkungen habe. Daher hätten sich auch die anderen Fraktionen positionieren sollen. Der Antrag sei ein sehr berechtigtes Anliegen und auch sachlich begründet. Die UBFL-Stadtratsfraktion stimme der Resolution zu.

Ratsmitglied Schwarzmüller gab zu bedenken, dass eine Resolution mit nur der Hälfte an Zustimmung nichts wert sei.

Ratsmitglied Schröer hielt den Antrag aufrecht. Es gehe hier auch um ein Signal einer Kommune an die Bundespolitik.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 23 Ja- und 21 Nein-Stimmen:

**Der Stadtrat fordert die Bundesregierung auf, am bestehenden Atomkonsens festzuhalten. Dies bedeutet, den Atomausstieg wie geplant zu betreiben und keine Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke anzustreben.**





**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4. (öffentlich)**

**Verleihung der Ehrennadel der Stadt Landau in der Pfalz an Herrn Hermann Stein**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 29. April 2010, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**Der Stadtrat verleiht Herrn Hermann Stein, Schlachthofstraße 8 a, 76829 Landau in der Pfalz in Anerkennung seiner ehrenamtlichen Verdienste im sportlichen und gesellschaftlichen Bereich die Ehrennadel der Stadt Landau in der Pfalz.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 5. (öffentlich)**

**Verleihung der Ehrennadel der Stadt Landau in der Pfalz an Herrn Alwin Bengert**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 29. April 2010, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**Der Stadtrat verleiht Herrn Alwin Bengert, Rudolf-von-Habsburg-Straße 15, 76829 Landau in der Pfalz in Anerkennung seiner ehrenamtlichen Verdienste im sportlichen Bereich die Ehrennadel der Stadt Landau in der Pfalz.**





**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 6. (öffentlich)**

**Verleihung der Ehrennadel der Stadt Landau in der Pfalz an Herrn Karl-Heinz Seibel**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 18. Mai 2010, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**Der Stadtrat verleiht Herrn Karl-Heinz Seibel, Zeppelinstraße 9, 76829 Landau in der Pfalz in Anerkennung seiner ehrenamtlichen Verdienste im gesellschaftlichen Bereich die Ehrennadel der Stadt Landau in der Pfalz.**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 7. (öffentlich)

**Festsetzung des Wahltages für die Wahl des Ortsvorstehers des Stadtteils Arzheim**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 28. Juni 2010, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**den Termin für die Wahl des Ortsvorstehers des Stadtteils Arzheim gemäß § 60 Abs. 2 des Kommunalwahlgesetzes (KWG) i. V. m. § 53 Abs. 5 der Gemeindeordnung (GemO) auf Sonntag, 12. September 2010 und den Termin für eine eventuelle Stichwahl auf Sonntag, 26. September 2010 festzusetzen.**



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 8. (öffentlich)

### Generalsanierung der Berufsbildenden Schule Landau

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Gebäudemanagements vom 16. Juni 2010, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Er begrüßte die Berichterstatter Herr Hauss vom Architekturbüro Hauss & Rhode aus Hassloch und Herrn Kohl vom Ingenieurbüro Kohl & Frech aus Schifferstadt.

Es handle sich hier um die Großinvestition der nächsten Jahre mit über 19 Millionen Euro. Alleine werde man dies nicht schaffen, man brauche die Unterstützung des Landes.

Herr Götz stellte die Leitlinien dar, die dem Gebäudemanagement bei der Sanierung der Schule wichtig waren. Man wolle nicht nur eine modernisierte Schule, sondern auch eine zukunftsfähige energieoptimierte Schule. Zielvorgabe sei, die EnEV 2009 noch um 30 % zu unterschreiten. Man nehme damit die EnEV 2012 vorweg.

Herr Hauss erläuterte, dass es Aufgabe gewesen sei, eine energetische Sanierung zu machen. Dies wäre fast ein Neubaustandard. Dies bedeute, dass man eine sehr hochwertige Wärmedämmung von 27 bis 30 cm habe. Man versuche der Schule ein neues Gesicht zu geben und trotzdem erkennen zu lassen, dass es ein Bau aus den 60er-Jahren sei. Die Schule sei sehr groß und wichtig. Orientierung und Struktur in dem Gebäude erhalte man durch verschiedene Farben. Alle Einzelmaßnahmen seien auf ihre Wirtschaftlichkeit hin überprüft worden. Insgesamt komme man auf eine Gesamtsumme für die Sanierung von rund 20 Millionen Euro. Die Baukosten teilten sich im wesentlichen auf in Kosten für die Bauteile von etwa 12,5 Millionen Euro, für die Haustechnik von etwa 4,3 Millionen Euro sowie für Honorare von etwa 3,35 Millionen Euro.

Herr Kohl gab Erläuterungen zum technischen Teil der Sanierung. Das Gebäude stamme aus dem Jahre 1968 und sei somit 42 Jahre alt. Entsprechend sei auch der technische Stand des Gebäudes. Eingebaut werde eine Lüftungsanlage. Es seien sämtliche sanitären Anlagen und Leitungen auszutauschen. Die Grundleitungen seien zusammengebrochen. Die Diskussion um die Regenwassernutzung zur Toilettenspülung habe man ja bereits im Werksausschuss geführt. Dies sei aus hygienischen Gründen nicht mehr Stand der Technik. Wenn es dennoch gewünscht werde, müsse man weiter darüber nachdenken. Letztlich stehe auch eine Gesamtsanierung im Bereich Elektro an.

Der Vorsitzende machte deutlich, dass man mit der Berufsbildenden Schule auf insgesamt 50 Millionen Euro für die Schulsanierungen komme.

Ratsmitglied Dr. Kopf erklärte, dass hier ein beeindruckendes Konzept vorgelegt worden sei. Genauso beeindruckend seien auch die Zahlen für diese Sanierung. Dies zeige, dass bei der BBS ein Instandhaltungsstau bestehe. Wichtig sei, nach der höchstmöglichen Förderung zu streben. Alleine könne man dieses Projekt als Stadt nicht schultern. Er bitte noch mal zu prüfen, ob die Dämmung nicht doch in der optimalen Dämmstärke aufgebracht werden könne. Insgesamt stimme die SPD-Stadtratsfraktion der Vorlage zu.

Ratsmitglied Doll stimmte für die CDU-Stadtratsfraktion der Beschlussvorlage ebenfalls zu. Man nehme die Vorlage so zur Kenntnis. Man sei gespannt, wie man die Investitionssumme von 20 Millionen Euro in den nächsten Haushalten unterbringe.

Ratsmitglied Schröer war der Auffassung, dass die Sanierung der Berufsbildenden Schule dringend notwendig sei. Die energetische Sanierung erfülle die Anforderung der Nachhaltigkeit. Sie freue sich für die Berufsbildende Schule, dass die Sanierung jetzt endlich beginne und könne die Zustimmung der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion erklären.



Ratsmitglied Freiermuth erklärte die Zustimmung der FWG-Stadtratsfraktion zur Sanierung der Berufsbildenden Schule. Bauchschmerzen würde natürlich die Riesensumme bereiten. Natürlich stimme man hier gerne zu.

Ratsmitglied Silbernagel hielt es für sehr erfreulich, dass man nun die erste Entwurfsplanung für die dringend notwendige Sanierung der Berufsschule habe. Die Berufsschule müsse saniert werden, denn sie habe in den langen Jahren ihres Bestehens einen positiven Wandel erlebt. Das ganze stehe natürlich unter dem Vorbehalt der Finanzierbarkeit. Die FDP-Stadtratsfraktion stimme der Sitzungsvorlage zu.

Ratsmitglied Marquardt fand es sehr erfreulich, dass ein Gebäude aus den 60-er-Jahren noch sanierungsfähig sei. Der Betrag von 20 Millionen Euro sei dabei eine gewaltige Hausnummer. Er hätte sich gewünscht, dass man die Fassade noch etwas heller gestaltet. Zudem wäre für die rund 2500 Schüler und die Lehrer eine Mensa wünschenswert. Überrascht sei er über die Aussage, dass eine Regenwassernutzung aus hygienischen Gründen abgelehnt werde. Dies könne er nicht nachvollziehen, da die derzeitige Anlage mittlerweile seit 10 Jahren laufe. Natürlich stimme die UBFL-Stadtratsfraktion der Sitzungsvorlage dennoch zu.

Der Vorsitzende unterstrich, dass man bei einer Sanierungssumme von 20 Millionen Euro sich auch mal manche Wünsche verkneifen müsse.

Herr Götz teilte zur Frage der Heizkosten mit, dass diese derzeit bei 500.000 Euro jährlich lägen. Mit der energetischen Sanierung werde man 84 % dieser Summe einsparen.

Ratsmitglied Ludwig fragte noch mal nach den Gründen gegen eine Regenwassernutzung.

Herr Götz machte deutlich, dass es nicht nur um die hygienischen Gründe gehe. Auch die finanziellen Aspekte würden gegen eine Regenwassernutzung sprechen.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

- 1. Der Stadtrat nimmt die Entwurfsplanung für die Generalsanierung der Berufsbildenden Schule Landau, welche auch Auswirkungen auf die bereits 2010 beginnende Außensanierung des kaufmännischen Traktes hat, zustimmend zur Kenntnis.**
- 2. Die Verwaltung wird beauftragt, auf der Grundlage der nun vorliegenden Entwurfsplanung die Architekten- und Ingenieurleistungen für die weiteren Leistungsphasen der HOAI in einem VOF-Verfahren auszuschreiben.**
- 3. Die Verwaltung wird beauftragt, mit den Vertretern der Landesbehörden Rheinland-Pfalz die Möglichkeiten für eine höchstmögliche Förderung zu suchen und die entsprechenden Anträge für das Förderjahr 2011 zu stellen.**

#### **Niederschrift des Tagesordnungspunktes 9. (öffentlich)**

#### **Vorstellung der zukünftigen Geschäftsführer der Landesgartenschau Landau 2014 gemeinnützige GmbH, Herr Matthias Schmauder und Frau Ute Hangen**

Der Vorsitzende begrüßte Herrn Matthias Schmauder und Frau Ute Hangen. Man könne froh sein, dass es gelungen sei das Erfolgsteam der Landesgartenschau in Bingen für uns zu gewinnen.

Herr Schmauder bedankte sich für die Möglichkeit, sich hier im Stadtrat vorstellen zu können. Er sei ja bereits seit 11. Mai in Landau und habe sich bereits von der Leistungsfähigkeit der Verwaltung überzeugen können. Er habe bereits seit den 90er-Jahren Kontakte zu Landesgartenschauen. Nach seinem Studium sei er zunächst 1997 an der Landesgartenschau in Mosbach tätig gewesen. Es folgte 1999 die Projektsteuerung für die Landesgartenschau in Weil am Rhein. Danach sei er nach Rheinland-Pfalz gewechselt zur Landesgartenschau nach Kaiserslautern. Im Jahr 2001 sei er dann zum



Geschäftsführer der Projektgesellschaft Landesgartenschau Rheinland-Pfalz berufen worden. Die Projektgesellschaft führe das Bewerbungsverfahren durch und gebe Empfehlungen an das Land. Nach Zuschlag werde er dann jeweils in die ausrichtende Stadt entsandt und übernehme dort den technischen Part. Gartenschauen würden sehr viel Spaß bereiten und seien gut für die Stadt. Die Stadt Landau habe erkannt, was dieses Thema für die Stadt nicht zuletzt im Bereich der Wirtschaftsförderung bedeute und welcher Marketingeffekt sich biete. Landau habe eine sehr gute Bewerbung abgegeben und daher auch den Zuschlag erhalten.

Frau Hangen stellte sich dem Rat vor. Bei der Stadt Bingen sei sie zunächst im Tourismusbüro tätig gewesen. Nach dem Zuschlag für die Landesgartenschau sei sie als Geschäftsführerin zur Gesellschaft gewechselt. Ihr Tätigkeitsfeld sei hier der Durchführungsbereich, die Fragen des Marketing und die Veranstaltungen gewesen. Diesen Bereich werde sie auch in der Landesgartenschau-Gesellschaft Landau betreuen. Landau habe mit der Landesgartenschau 2014 sein Wunschkind bekommen. Jetzt müsse man es ermöglichen, dass alles gemacht wird, was das Kind brauche. Sie freue sich, ihr Wissen und ihre Erfahrung in die Landesgartenschau 2014 einzubringen.

Ratsmitglied Marquardt wollte wissen, in wie fern bei den bisherigen Landesgartenschauen die Finanzbudgets eingehalten oder überschritten wurden. Weiter wollte er wissen in welcher Höhe und prozentual Landesmittel geflossen seien.

Herr Schmauder erläuterte, dass das Budget für die Daueranlagen immer eingehalten worden sei. In Trier sei es beispielsweise lediglich um 0,3 % überschritten worden. Dies sei eine Punktlandung. Was die Fördermittel angehe, habe das Landeskabinett für 2014 noch keine Förderquote festgelegt. Es sei nun die Aufgabe der Landesgartenschau-Gesellschaft die Maßnahmen zusammenzustellen und anzumelden. Dann werde das Kabinett eine Förderquote festlegen.

Frau Hangen erklärte, dass der Durchführungsbereich sehr risikobehaftet sei. In Bingen sei es so gewesen, dass man die Vorgabe gehabt habe nur 560.000 Euro Minus zu machen. Letztlich habe man dann im Durchführungsbereich bei Ausgabe von 10 Millionen Euro ein Plus von 500.000 Euro erwirtschaftet. Bingen habe damals mit 600 000 Besuchern geplant und hatte dann 1,3 Millionen Besucher.

Ratsmitglied Chillemi Jungmann betonte, dass Landau nicht nur Gartenstadt sondern auch Universitätsstadt sei. Sie wolle wissen, ob es schon Kontakte zum Umweltinstitut der Universität gebe.

Frau Hangen erwiderte, dass man ja jetzt erst anfangen. Es sei nun Ziel, sich schnell auf den Weg zu machen. Dabei werde man alle relevanten Gruppen und Institutionen ansprechen, natürlich auch die Universität.

Herr Schmauder ergänzte, dass der Kontakt mit der Universität natürlich ganz wichtig sein werde. Es sei ja auch eine gute Basis, dass alle dabei sein wollten.



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 10. (öffentlich)

### Landesgartenschau Landau 2014; Gründung der Landesgartenschau Landau 2014 gemeinnützige GmbH

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 2. Juni 2010, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist. Zusammen mit der Vorlage werde man den Antrag der UBFL-Stadtratsfraktion zu dieser Thematik vom 21. Juni 2010 beraten. Er verwies auf den Antrag, der ebenfalls dieser Niederschrift beigelegt ist.

Ratsmitglied Dr. Migl begründete den Antrag. Es sei guter demokratischer Brauch, dass alle Fraktionen in wichtigen Gremien vertreten sind. Der Aufsichtsrat der Landesgartenschau sei so ein wichtiges Gremium. Sie denke schon, dass die UBFL auch durch kritisches Hinterfragen eine Kontrollfunktion wahrnehmen könne. Man respektiere dennoch, dass eine große Mehrheit die Landesgartenschau wolle. Sie denke, dass man Leute im Aufsichtsrat brauche, die sehr genau aufpassen was mit dem Geld geschieht. Daher sollte man die Zahl der kommunalen Vertreter erhöhen. Die Einwände von Herrn Morio kenne sie schon. Sie sei aber nicht seiner Meinung, dass der Aufsichtsrat dadurch zu groß werde. Die UBFL würde sachlich und konstruktiv im Aufsichtsrat mitarbeiten. Sie bitte um Zustimmung zu ihrem Antrag.

Ratsmitglied Dr. Ingenthron erklärte, dass die Entscheidung zur Ausrichtung der Landesgartenschau die größte und bedeutendste Entscheidung im Ersten Viertel dieses Jahrhunderts für Landau sei. Landau werde sein Gesicht merklich verändern. Diesen Prozess müsse man klug, nachhaltig und erfolgreich steuern. Dies müsse im Rahmen einer möglichst breiten Bürgerbeteiligung geschehen. Die SPD freue sich auf die Zusammenarbeit mit den künftigen Geschäftsführern. Man erwarte eine sorgfältige Planung der Wirtschaftlichkeit und Finanzierung der Landesgartenschau. Hinzu gehöre auch eine nachhaltige Entwicklung des Areals nach der Landesgartenschau. Er sei überzeugt, dass eine sehr große Mehrheit der Menschen die Landesgartenschau wolle und unterstütze. Dennoch nehme man zur Kenntnis, dass es auch kritische Stimmen gebe. Die SPD wolle diese kritischen Stimmen nicht ignorieren. Vielmehr wolle man sie dadurch zum verstummen bringen, dass man sie von dem Projekt überzeuge. Man wolle hier zu einer breiten Win-Win-Situation kommen. Im Sinne einer breiten Beteiligung aller politischen Kräfte habe man Verständnis für die UBFL. Der SPD sei dabei nicht bange vor kritischen Fragen. Man plädiere daher für eine Vergrößerung des Aufsichtsrates auf 11 Mandate und werde dem Antrag der UBFL zustimmen. Er sei sicher, dass dies in kürzester Zeit mit dem Land umsetzbar wäre, so dass es zu keinem Zeitverlust kommen müsse. Insgesamt stimme die SPD-Stadtratsfraktion dem Gesellschaftsvertrag zu.

Ratsmitglied Morio war verwundert, dass die SPD-Fraktion dem Antrag der UBFL zustimme. Im Ältestenrat habe Einigkeit über die Zusammensetzung des Aufsichtsrates bestanden, auch im Hauptausschuss habe es eine breite Mehrheit gegeben. Nun werde im Stadtrat plötzlich die Meinung geändert und alles werde Makulatur. Die CDU-Fraktion lehne den Antrag der UBFL ab und werde dem Gesellschaftsvertrag in der vorliegenden Fassung zustimmen. Man sei der UBFL immer entgegengekommen. Erst im letzten Jahr habe man den Aufsichtsrat der Stadtholding vergrößert. Hier sei man aber Alleingesellschafter. Bei der Landesgartenschau dagegen sei man nur Mitgesellschafter und könne nicht alleine bestimmen. Oftmals müssten im Aufsichtsrat schnelle Abstimmungen erfolgen, was bei einem Gremium, das fast halb so groß wie der Stadtrat wäre, erschwert würde. Er sehe auch keine demokratische Verpflichtung, dass die kleinste Gruppierung in allen Gremien vertreten sein müsse.

Ratsmitglied Schröer unterstrich, dass die Landesgartenschau ein sehr bedeutsames Projekt sei. Dies sei nicht nur irgendein Aufsichtsrat. Die Grünen seien selbst unterschiedlicher Meinung in der Fraktion. Insofern könne sie beide Positionen verstehen. An die Adresse der UBFL wolle sie aber klar sagen, dass es hier um Zusammenarbeit und nicht um Blockade gehe. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen würden sowohl dem Antrag der UBFL als auch dem Gesellschaftsvertrag zustimmen.



Herr Volkhardt fand es sehr beruhigend, zwei so erfahrene Geschäftsführer für die Landesgartenschau zu haben. Die Größe des Aufsichtsrates sei im Rahmen des Gesellschaftsvertrages mit dem Mitgeschafter abgestimmt worden. Auch im Ältestenrat und im Hauptausschuss sei man sich einig gewesen. Die UBFL habe sich bei jeder Gelegenheit und bei jeder Situation gegen die Landesgartenschau ausgesprochen. Daher sehe er keine Veranlassung die UBFL in den Aufsichtsrat mit aufzunehmen. Die FWG-Stadtratsfraktion werde den Antrag der UBFL ablehnen und der Sitzungsvorlage zustimmen.

Ratsmitglied Silbernagel war der Meinung, dass es nun mal Gremien gebe, wo nicht alle Fraktionen vertreten sein könnten. Damit müsse er als Vertreter der FDP auch manchmal leben. Die FDP-Stadtratsfraktion lehne den Antrag ab.

Der Vorsitzende machte deutlich, dass Aufsichtsräte keine politischen Gremien seien, sondern Teil des Unternehmens. Aufsichtsräte seien strategische Interessensvertretungen. Sinn des Aufsichtsrates sei es nicht, die Mitglieder von der Landesgartenschau zu überzeugen. Im Gegenteil müssten die Mitglieder brennen vor Überzeugung. Er könne daher nicht verstehen, dass man einerseits glühender Gegner der Landesgartenschau sei, aber andererseits unbedingt in den Aufsichtsrat wolle. Neben den Sitzungen des Aufsichtsrates werde es auch in den nächsten vier Jahren immer wieder auch politische Diskussionen im Rat geben.

Ratsmitglied Schwarzmüller verstand die Diskussion nicht. Wenn es doch streng nach Hare-Niemeyer gehen würde, wäre die UBFL, wenn sie größer wäre, auch im Aufsichtsrat. Von daher sollte man der UBFL entgegenkommen und dem Antrag zustimmen.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 41 Ja- und 3 Nein-Stimmen:

- 1. Der Stadtrat beschließt den dieser Sitzungsvorlage als Anlage beigefügten Entwurf des Gesellschaftsvertrages der Landesgartenschau Landau 2014 gemeinnützige GmbH (LGS Landau 2014 gemeinnützige GmbH). Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke.**
- 2. Sollten im Rahmen der Analyse nach § 92 GemO und Anzeige bei der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD) oder im Rahmen des Abstimmungsverfahrens mit der Finanzbehörde Anpassungserfordernisse des Gesellschaftsvertrages auftreten, wird die Verwaltung ermächtigt, die notwendigen Änderungen vorzunehmen.**
- 3. Der Stadtrat beschließt im Vorgriff auf den Nachtragshaushalt 2010 außerplanmäßige Haushaltsmittel zur Leistung der Stammeinlage der Stadt Landau als Geschafterin, in Höhe von 15.000,- Euro (§ 3 Ziff. 2 Gesellschaftsvertrag).**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 10.1. (öffentlich)**

**Antrag der UBFL-Stadtratsfraktion; Änderung des Gesellschaftsvertrages der Landesgartenschau Landau 2014 gemeinnützige GmbH**

Der Tagesordnungspunkt wurde gemeinsam mit Punkt 10 beraten. Auf die dortige Protokollierung wird verwiesen.

Der Stadtrat beschloss mit 22 Ja-Stimmen und 22 Nein-Stimmen:

**Der Antrag der UBFL-Stadtratsfraktion vom 21. Juni 2010, die Zahl der kommunalen Sitze im neu zu wählenden Aufsichtsratsgremium der Landesgartenschau Landau 2014 gemeinnützigen GmbH auf 11 Sitze festzulegen, wird bei Stimmengleichheit abgelehnt.**





## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 11. (öffentlich)

### Wahl des Aufsichtsrates der Landesgartenschau Landau 2014 gemeinnützige GmbH

Der Vorsitzende erläuterte zunächst das Wahlverfahren für die Wahl des Aufsichtsrates der Landesgartenschau Landau 2014 gemeinnützige GmbH.

Der Vorsitzende teilte mit, dass fünf Wahlvorschläge zur Wahl des Aufsichtsrates der Landesgartenschau Landau 2014 gemeinnützige GmbH eingegangen seien. Die Stadtratsfraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FWG und FDP hätten je einen Wahlvorschlag eingereicht. Er fragte, ob es aus der Mitte des Rates weitere Vorschläge gebe.

Ratsmitglied Marquardt schlug als Mitglied des Aufsichtsrates Frau Dr. Gertraud Migl vor.

Ratsmitglied Dr. Migl schlug ergänzend als stellvertretendes Mitglied des Aufsichtsrates Herrn Bertram Marquardt vor.

Der Vorsitzende stellte fest, dass somit 6 Wahlvorschläge vorliegen.

Der Vorsitzende berief die Ratsmitglieder Rudi Eichhorn (CDU) und Natascha Walz (SPD) als Beisitzer zur Auszählung der Stimmzettel. Der Stadtrat stimmte dem zu.

Er zeigte den Ratsmitgliedern die leere Wahlurne und verschloss diese.

Der Vorsitzende eröffnete dann den Wahlgang.

Die Ratsmitglieder gingen zur Kennzeichnung der Stimmzettel in die Wahlkabine und warfen die Stimmzettel in die Wahlurne. Der Schriftführer vermerkte vor dem Einwurf der Stimmzettel die Stimmabgabe.

Nachdem alle anwesenden Ratsmitglieder ihre Stimme abgegeben hatten, schloss der Vorsitzende den Wahlgang.

Der Vorsitzende öffnete die Wahlurne und entnahm die Stimmzettel. Er stellte fest, dass alle anwesenden 43 Ratsmitglieder ihre Stimme abgegeben haben.

Er öffnete die Stimmzettel und verlas laut die jeweilige Stimmabgabe.

Nachdem alle Stimmzettel ausgezählt waren, gab der Vorsitzende das Ergebnis der Wahl bekannt:

Abgegebene Stimmen:	43
Enthaltungen:	0
Ungültige:	0
Wahlvorschlag 1:	15
Wahlvorschlag 2:	13
Wahlvorschlag 3:	4
Wahlvorschlag 4:	4
Wahlvorschlag 5:	4
Wahlvorschlag 6:	3

Der Vorsitzende stellte fest, dass somit auf die SPD 2 Sitze, auf die CDU 2 Sitze und auf Bündnis 90/Die Grünen, FWG und FDP jeweils 1 Sitz entfallen. Somit seien in den Aufsichtsrat der Landesgartenschau Landau 2014 gGmbH gewählt:



**Für die SPD:** Ratsmitglied Dr. Maximilian Ingenthron  
Ratsmitglied Dr. Hannes Kopf  
**Für die CDU:** Ratsmitglied Rolf Morio  
Ratsmitglied Peter Lerch  
**Für Bündnis 90/Die Grünen:** Ratsmitglied Susanne Schröer  
**Für die FWG:** Ratsmitglied Hans Volkhardt  
**Für die FDP:** Ratsmitglied Jochen Silbernagel

Stellvertretende Mitglieder des Aufsichtsrates seien:

**Für die SPD:** Ratsmitglied Kurt Ludwig  
Ratsmitglied Günter Scharhag  
**Für die CDU:** Ratsmitglied Rudi Eichhorn  
Ratsmitglied Susanne Burckhardt  
**Für Bündnis 90/Die Grünen:** Ratsmitglied Marianne Brunner  
**Für die FWG:** Ratsmitglied Wolfgang Freiermuth  
**Für die FDP:** Ratsmitglied Otto Pfaffmann

Der Vorsitzende fragte die gewählten Ratsmitglieder, ob sie die Wahl annehmen.

Die Gewählten erklärten, dass sie die Wahl annehmen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 12. (öffentlich)

**Darlehensvertrag zum Durchführungshaushalt der Landesgartenschau Landau 2014  
gemeinnützige GmbH**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Finanzverwaltung und Wirtschaftsförderung vom 7. Juni 2010, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 43 Ja- und 1 Nein-Stimme:

**Der Stadtrat beschließt vorbehaltlich der Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde den in der Anlage beigefügten Darlehensvertrag zum Durchführungshaushalt der Landesgartenschau Landau 2014 gemeinnützige GmbH zur Aufrechterhaltung der Kassenliquidität und Überbrückung kurzfristiger Zwischenfinanzierungsbedarfe aus Investitionen.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 13. (öffentlich)**

**Informationen zur Landesgartenschau**

Der Vorsitzende informierte über folgende Punkte:

- Notartermin am 2. Juli 2010 und damit Gründung der Gesellschaft
- Pressetermin am 2. Juli 2010 um 12.00 Uhr mit der Vorstellung der beiden Geschäftsführer Matthias Schmauder und Ute Hangen
- Erste Sitzung des Aufsichtsrates am 2. Juli 2010 um 15.00 Uhr
- Am 28. Juni 2010 sei man in Bingen gewesen und habe dort sehr aufschlussreiche und informative Stunden gehabt. Bingen habe auch eine Kooperation angeboten, wann immer dies gewünscht werde.



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 14. (öffentlich)

### **Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme "Konversion Landau Süd"; Gebäudeabbrüche und Bodensanierung im Kasernengelände "Estienne Foch"**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 24. Juni 2010, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist. Diese Vorlage habe mit der Landesgartenschau zu tun. Man werde einen erheblichen Teil der Gebäude stehen lassen und den anderen Teil abreißen. Eine erste Vorlage habe man schon dem Bauausschuss vorgelegt. Dort habe es den Wunsch gegeben noch zusätzlich weitere Gebäude zu erhalten. Dies habe man geprüft und schlage nun vor, noch zusätzlich zwei weitere Gebäude zu erhalten. Es seien dies die Gebäude Nr. 108 und Nr. 133. Diese könnten für die Landesgartenschau 2014 gebraucht werden.

Herr Heder ergänzte, dass eine Prüfung, ob die Gebäude endgültig erhalten werden könnten, erst nach der Landesgartenschau erfolge. Das Gebäude 133 sei beispielsweise geeignet für eine Blumenschau während der Landesgartenschau. Was danach passiere, bedürfe auch weiterer Untersuchungen.

Ratsmitglied Ludwig gab zu bedenken, dass Frau Professor Stolt von der Uni Landau über die zwei jetzt vorgeschlagenen Gebäude noch weitere für erhaltenswert hält. Es seien dies die Gebäude Nr. 17, Nr. 135, Nr. 19 und Nr. 128. Dies wären dann insgesamt 6 Gebäude, dies bitte er zu prüfen. Momentan würden nur Gebäude aus der bayrischen Zeit erhalten bleiben. Er halte es aber für wichtig, Gebäude aus verschiedenen Epochen zu erhalten.

Bei der Begehung des Geländes durch den Bauausschuss im Januar 2009 habe er nicht in der kurzen Zeit erkennen können, welches der 80 Gebäude erhaltenswert sei und welches nicht. Er habe hier bei der Entscheidung auf die Fachleute vertraut.

Der frühere Umweltminister Prof. Töpfer habe bei einer Veranstaltung in Landau gesagt, dass die Ökologie im Mittelpunkt des gesellschaftlichen Handelns stehen sollte. Jeder Abriss stoße Tonnen von CO<sup>2</sup> in die Luft. Allein dies sei schon ein Grund, noch mal neu nachzudenken. Wichtig sei ihm auch die Nachhaltigkeit im Umgang mit Bausubstanz.

Er bedauere es sehr, dass man die Möglichkeit nicht genutzt habe, Herrn Prof. Hoorn anzuhören. Man sollte solch wertvolle Persönlichkeiten in die Entwicklung der Stadt einbinden.

Ratsmitglied Morio erklärte, dass der Bauausschuss im Frühjahr 2009 entschieden habe, was auf dem Gelände gemacht werde. Die CDU-Fraktion sei damals bemüht gewesen, so viele Gebäude wie möglich zu erhalten. Von Seiten der Verwaltung sei dargelegt worden, warum viele Gebäude nicht mehr erhalten und einer Nutzung zugeführt werden konnten. Die CDU habe dem Bauamt vertraut. Nun habe man kurzfristig eine geänderte Sitzungsvorlage erhalten, aus der hervorgehe, dass die Gebäude Nr. 108 und Nr. 133 erhalten werden könnten. Eine Begründung hierfür liefere die Sitzungsvorlage nicht. Die geänderte Vorlage schweige sich auch darüber aus, welche Änderungen im Kostenplan sich daraus ergäben. Die CDU-Fraktion wolle vom Bauamt wissen, ob sich auch bei den anderen vier Gebäuden noch ein Sinneswandel ergäbe und auch diese erhalten werden sollen. Allerdings dränge die Zeit, so dass die CDU-Fraktion ein alternatives Verfahren vorschlage. Es sollten die Sanierungsarbeiten alternativ ausgeschrieben werden. Einmal nach dem alten Abrissplan und einmal mit den zusätzlich erwähnten sechs Gebäuden. Bis zum nächsten Stadtrat könne die Verwaltung dann ausreichend den Erhalt der zusätzlichen Gebäude begründen und einen geänderten Kostenplan vorlegen.

Ratsmitglied Brunner stimmte für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen dem Vorschlag von Herrn Morio zu.

Ratsmitglied Volkhardt war der Auffassung, dass sich der Rat auf die Aussagen der Verwaltung verlassen können müsse. Die FWG-Stadtratsfraktion schließe sich dem Vorschlag von Herrn Morio an.



Ratsmitglied Silbernagel sah die Stadt hier in einem Dilemma. Der FDP gehe es um den Erhalt möglichst vieler Gebäude. Daher könnte man auch der Sitzungsvorlage zustimmen, da sie schlüssig erscheine. Er könne aber auch mit dem Lösungsansatz der CDU leben. Die Verwaltung sollte hier nochmals prüfen.

Ratsmitglied Marquardt erklärte, dass es hier ja auch um Geld gehe. Grundsätzlich habe die UBFL-Fraktion hiermit kein Problem. Allerdings sei jetzt doch ein wenig Verwirrung bezüglich der Gebäude aufgetreten. Entweder seien die Gebäude erhaltenswert oder eben nicht. Die UBFL-Stadtratsfraktion stimme der Sitzungsvorlage zu.

Der Vorsitzende machte deutlich, dass die Verwaltung ganz klar zu den Punkten 1 und 2 der Sitzungsvorlage stehe. Das sei so beschlossen und dabei bleibe es. Mittlerweile sei Herr Schmauder noch mal durch das Gelände gegangen im Hinblick auf die Landesgartenschau. Es wäre blödsinnig, sich Vorschlägen zu verschließen, zumal es keinerlei Mehrkosten dadurch gebe. Darüber hinaus gebe es keine Notwendigkeit zum Erhalt weiterer Gebäude.

Herr Kamplade erläuterte ausführlich, welche Gebäude erhaltenswert seien und welche abgerissen werden sollten. Wenn man den Beschluss heute fasse, habe man im Hinblick auf die Landesgartenschau einen Zeitgewinn von etwa 4 bis 5 Monaten.

Der Vorsitzende erklärte, dass die Verwaltung mit dieser Vorlage einen Vorschlag mache. Nun müsse der Rat entscheiden.

Ratsmitglied Ludwig war der Meinung, dass sich nun der große Zeitdruck räche. Er hätte sich gewünscht, dass man nach dieser Ratssitzung nochmals einen Bauausschuss mache, um das ganze noch mal in Ruhe zu beraten. Jetzt habe man eine Situation Vogel friss oder stirb. Er fühle sich unter einem Druck, den er nicht zu verantworten habe. Es sei sehr schade, dass die ursprünglich sehr schöne Architektur nicht erhalten werden könne. Die Gebäude seien aber mittlerweile so marode, dass nur der Abriss bleibe. Beispielsweise erinnere die Panzerhalle auf dem Gelände an ein Gebäude in London. Was noch nicht angesprochen worden sei, sei die Bereitschaft von kreativen Kräften, beispielsweise aus dem Kunstbereich, zur Stadtentwicklung beizutragen. Hier müsse man überlegen, wie man diese einbinden könne. Im übrigen finde er den Vorschlag der CDU für sehr gut und praktikabel.

Ratsmitglied Heuberger erinnerte daran, dass man ein Gesamtkonzept für die Entwicklung des Gebietes beschlossen habe. Man wolle dort ja kein Museumsdorf bauen, sondern müsse immer den wirtschaftlichen Nutzen im Auge haben. Wenn nun nach Auffassung der Verwaltung noch zwei Gebäude besonders erhaltenswert seien, sei dies ja ok. Es könne auch sein, dass dies kostenneutral ist. Für die Landesgartenschau müssten aber die Gebäude saniert werden und dies sei ein wirtschaftlicher Aufwand, der sich möglicherweise nicht rechne. Daher wolle die CDU wissen, mit welchem Mehraufwand dies verbunden sei, dann könne man entscheiden.

Ratsmitglied Freiermuth konnte die Argumentation der CDU durchaus nachvollziehen. Wenn Gebäude so kaputt seien, dann werde es bei einer Sanierung meist sehr teuer. Ein Abriss sei dann die kostengünstigere Lösung. Die FWG-Stadtratsfraktion stimme der Sitzungsvorlage so zu.

Ratsmitglied Dr. Wissing fand den Vorschlag der Verwaltung schlüssig. Sie wisse nicht, ob noch ein weiterer Kostenvorschlag den Rat viel weiter bringe. Man sollte der Vorlage der Verwaltung so zustimmen.

Ratsmitglied Dr. Migl war der Auffassung, dass der Verlauf der Diskussion gezeigt habe, dass eine seriöse Beratung über solch ein schwieriges Thema so nicht möglich sei. Daher finde sie den Vorschlag von Herrn Morio gut. Auch das Anliegen von Herrn Ludwig sei durchaus überlegenswert. Wenn man der Vorlage nun so zustimme, dann schlage man die Tür zu. Dies seien alles sehr delikate Fragen, die in dem großen Kreis hier nicht besprochen werden könnten.



Der Vorsitzende erwiderte, dass von einem Zeitdruck überhaupt keine Rede sein könne. Bereits im April 2009 habe man das Gesamtkonzept mit verschiedenen Abrissphasen beschlossen. Jeder Monat Zeitgewinn sei im Hinblick auf die Landesgartenschau wertvoll. Diese Punkte 1 und 2 der Vorlage sei die klare Position der Verwaltung. Bevor Herr Schmauder noch mal durch das Gelände gegangen sei, habe es von ihm die klare Zielvorgabe gegeben „Kein Zeitaufschub und Keine Mehrkosten“. Von daher könne er den Punkt 3 der Vorlage auch problemlos vorschlagen und abstimmen lassen.

Ratsmitglied Schwarzmüller war der Meinung, dass es schlecht sei unter Zeitdruck zu entscheiden. Angesichts der Entscheidung für die Landesgartenschau und den damit verbundenen erheblichen finanziellen Aufwendungen könne der Kostenfaktor hier nicht entscheidend sein.

Ratsmitglied Eisold erklärte, dass nach seiner Auffassung diese alten Gebäude kein Schrott, sondern Kulturgüter seien. Aus der Vorlage dürfe sich kein Automatismus ergeben, dass diese zusätzlichen Gebäude nach der Landesgartenschau 2014 abgerissen werden. Vielmehr müsse dann ein Vorschlag kommen, was man damit machen könnte. Er erkenne schon an, dass man jetzt unter einem gewissen Zeitdruck sei. Dafür könne aber der Stadtrat nichts. Man hätte hier von Seiten der Verwaltung früher auf den Rat zukommen müssen.

Ratsmitglied Dr. Kopf hielt es für richtig, sich jetzt Zeit zu nehmen aber gleichzeitig auch keine Zeit zu verlieren. Es habe im Stadtrat schon sinnlosere Diskussionen gegeben als diese. Man sollte sich hier nicht so gequält geben. Nach seiner Meinung sollte man die Vorlage der Verwaltung hier genauso beschließen. Dann habe man eine sichere Grundlage. Gleichzeitig könne der Stadtrat die Verwaltung bitten, zu überprüfen, ob alternativ ausgeschrieben werden könne.

Ratsmitglied Silbernagel bat angesichts der Diskussion um eine Sitzungsunterbrechung, um sich intern besprechen zu können.

Ratsmitglied Ludwig zeigte sich betroffen über die Ansicht von Herrn Freiermuth. Man sollte diese Gebäude nicht als Schrott bezeichnen.

Ratsmitglied Zandonella gab zu bedenken, dass nach den Ausführungen in der Sitzungsvorlage die Ausschreibungen im Juli und die Vergabe im August erfolgen solle. Von daher wäre ein erneuter Beschluss im Stadtrat am 31. August zu spät.

Ratsmitglied Heuberger erklärte, dass die Punkte 1 und 2 der Vorlage ja unstrittig seien. Diese könne man auch so abstimmen. Punkt 3 hingegen gehöre hier eigentlich nicht hin, zumal auch im Begründungstext der Vorlage keinerlei Bezug hergestellt werde. Ihm wäre es wichtig zu wissen, welche Kosten mit dem Erhalt dieser Gebäude verbunden seien. Dies auch vor dem Hintergrund, die Gebäude auch später zu erhalten.

Herr Kamplade bat darum, das Gebäude Nr. 133 auf jeden Fall zu erhalten. Dieses könne während der Landesgartenschau als Blumenhalle genutzt werden.

Ratsmitglied Dr. Migl beantragte, dass man heute nicht über die Vorlage abstimme. Diese habe offensichtlich für zu viel Verwirrung gesorgt.

Ratsmitglied Hott beantragte zur Geschäftsordnung, die Sitzung kurz zu unterbrechen um sich in den Fraktionen zu beraten.

Ratsmitglied Dr. Ingenthron sprach gegen den Geschäftsordnungsantrag. Er frage sich, was eine Sitzungsunterbrechung bringen solle. Wenn jede Fraktion für sich berate, gehe es genauso weiter. Man wolle doch zusammenkommen und das ganze auch zum Ende bringen.

**Der Stadtrat stimmte dem Geschäftsordnungsantrag auf Sitzungsunterbrechung mehrheitlich mit 30 Ja- und 14 Nein-Stimmen zu.**



*Die Sitzung wurde daraufhin vom Vorsitzenden unterbrochen.*

*Nach der Unterbrechung setzte der Vorsitzende die Sitzung fort.*

Der Vorsitzende erklärte, dass der Vorschlag der Verwaltung nicht ohne Bedacht erfolgt sei. Aus damaliger Sicht sei der zweite Abschnitt für den Abriss sinnvoll gewesen. Nach dem Zuschlag für die Landesgartenschau sei jetzt aber eine Beschleunigung des Verfahrens nötig. Man werde nach 2014 neu diskutieren müssen, was mit den beiden Gebäuden dann geschehe. Allerdings benötige man heute den Beschluss zu den Punkten 1 bis 3 der Vorlage.

Ratsmitglied Morio zog den Antrag auf alternative Ausschreibung zurück. Er bitte darum, den Punkt 3 heute nicht abzustimmen, sondern nur über die Punkte 1 und 2. Die Verwaltung könne dann komplett ausschreiben. Bis zur nächsten Sitzung könnte dann ein Kostenplan für die weiteren 6 Gebäude vorgelegt werden.

Ratsmitglied Schröer schlug vor, die Punkte 1 bis 3 der Vorlage heute komplett abzustimmen. Herauslassen würde sie nur die 4 weiteren Gebäude. Dann könnte die Maßnahme wie geplant laufen.

Ratsmitglied Dr. Kopf erklärte, dass die SPD-Stadtratsfraktion dem Punkt 3 zustimmen werde, da man die Gebäude sichern wolle.

Der Vorsitzende schlug vor, dass man nun über die Punkte 1 und 2 als Paket und dann den Punkt 3 abstimme. Dann habe man zwei Abstimmungsergebnisse und das Verfahren laufe dann. Im Bauausschuss nach der Sommerpause werde man dann endgültig über den Erhalt der weiteren Gebäude sprechen und dort dann letztendlich entscheiden.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 42 Ja- und 2 Nein-Stimmen:

- 1. Im Haushalt 2010 werden unter dem Produkt 5113 überplanmäßige Mittel in Höhe von 120,0 T€ bereitgestellt.**
- 2. Die Gebäudeabbrüche sowie die Bodensanierung im 2. Bauabschnitt sind soweit vorzubereiten, dass eine Vergabe der Bauaufträge erfolgen kann. Der Fa. Alenco sind die Leistungsphasen 6 – 9 für die Ingenieurleistungen im Zusammenhang mit dem Abbruch zu übertragen.**

**Der Stadtrat lehnte mehrheitlich mit 21 Ja- und 23 Nein-Stimmen nachstehenden Beschlussvorschlag ab:**

- 3. Die Gebäude 108 und 133 bleiben zusätzlich zu den bisher in der Rahmenplanung als Denkmäler oder erhaltenswert eingestuften Gebäude bis zur Landesgartenschau 2014 erhalten.**

Der Vorsitzende stellte fest, dass man den Punkt 1 und 2 beschlossen habe und so auch verfare. Mit dem Bauunternehmer werde man sprechen, welche Gebäude man noch zusätzlich erhalten könnte.

Ratsmitglied Heuberger erklärte nach der Abstimmung, dass die Ablehnung nicht bedeute, dass die CDU generell gegen den Erhalt der Gebäude sei. Man wolle eben nur wissen, was das kostet.





## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 15. (öffentlich)

### Friedhofssatzung

Der Vorsitzende verwies auf die Sitzungsvorlage der Rechtsabteilung vom 8. Juni 2010, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Bürgermeister Hirsch als zuständiger Dezernent erläuterte die Vorlage. Die Situation auf dem Friedhof Queichheim sei seit Jahren Gegenstand von Untersuchungen. Nun habe die Situation eine brisante Aktualität bekommen. Es hätten sich zwei Problemlagen herauskristallisiert. Zum einen lasse die Bodenbeschaffenheit auf dem Queichheimer Friedhof normale Erdbestattungen ohne Hilfsmittel nicht zu. Der teilweise hohe Wasserstand verhindere die ordnungsgemäße Verwesung der Leichen und führe zur Bildung von Wachsleichen. Das zweite Problem sei, dass durch die Bodenstruktur die bisherige Schalung nicht genutzt werden konnte.

Der ursprüngliche Entwurf, nur noch Urnenbestattungen zuzulassen, sei auf erhebliche Vorbehalte der Queichheimer Bürger gestoßen. Zudem habe es den Vorwurf an die Verwaltung gegeben, Grabstätten verpachtet zu haben die nun so nicht mehr nutzbar seien. Letztendlich sei an den Fakten, also speziell der Bodenbeschaffenheit, nichts zu ändern. Es habe viele Gespräche mit den Bürgern, Vertretern der Bürgerinitiative, der Friedhofsdienst GmbH und dem Gutachter gegeben. Im Ergebnis sei es so, dass eine Drainagierung wenig erfolgversprechend und sehr aufwendig sei. Dies sei also nicht zielführend. Eine Lösungsmöglichkeit sei der Einsatz von Grabhüllen. Die Friedhofsdienst GmbH habe nach nochmaliger Prüfung eine Schalung gefunden, die zum Einsatz kommen könnte.

Das Einbringen der Grabhülle bringe einen zusätzlichen Aufwand, den man mit rund 600 Euro beziffern könne. Die Verwaltung schlage vor, dass die Stadt für die etwa 100 Fälle, in denen die Grabpacht noch laufe, die Kosten übernehme.

Er sei überzeugt, dass man mit diesem Vorschlag der Verwaltung den Interessen der Bürger am nächsten komme.

Ratsmitglied Scheid sprach von einer sehr heiklen Geschichte. Er sei der Meinung, dass das vorgeschlagene Grabhüllensystem nicht ausgereift sei. Ungeklärt sei beispielsweise auch wer die Entsorgung der Grabhüllen übernehme. Aufgrund dieser ungelösten Fragen habe es innerhalb der SPD sowohl in der Stadtratsfraktion als auch im Ortsbeirat große Diskussionen gegeben. Die SPD werde zwar mehrheitlich zustimmen, es werde aber auch einige Gegenstimmen geben.

Ratsmitglied Doll erinnerte daran, dass der Ortsbeirat Queichheim die ursprüngliche Vorlage im April parteiübergreifend abgelehnt habe. Zum damaligen Zeitpunkt sollten nur Urnenbestattungen auf dem betroffenen Gräberfeld zugelassen werden. Die Verwaltung habe jetzt nochmals nachgebessert, so dass nun auch wieder Erdbestattungen mittels Grabhüllen möglich sind. Er finde es allerdings schade, dass über diese geänderte Vorlage kein Konsens im Ortsbeirat erzielt werden konnte und keine Einigkeit bestehe. Das Gutachten des Landesamtes für Geologie und Bergbau bekräftige nochmals die gewonnenen Erkenntnisse. Hier von einem Gefälligkeitsgutachten eines Landesamtes zu sprechen, zeuge von einer gewissen Respektlosigkeit. Die CDU stelle sich den Problemen, auch wenn es wie hier unpopuläre Entscheidungen seien. Es gehe hier nicht um Schuldzuweisungen politischer Art in irgendeine Richtung. Die Problematik mit den Wasserleichen sei jahrelang nicht mit der nötigen Sorgfalt beobachtet worden. Nun musste reagiert werden. In Gesprächen mit zahlreichen Bürgern habe sich gezeigt, dass nun wieder eine gewisse Beruhigung eingetreten sei.

Ratsmitglied Schröer erklärte, dass nach dem ganzen hin und her die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion der Vorlage zustimmen werde. Sie denke, dass die ganze Sache nun auf einem guten Weg sei.

Ratsmitglied Volkhardt sprach von einem schmalen Grad zwischen dem technisch notwendigen und der Pietät. Man habe Verständnis für die Sorgen der betroffenen Bürger. Nachdem der Ortsbeirat Queichheim der überarbeiteten Vorlage zugestimmt habe, werde auch die FWG-Stadtratsfraktion zustimmen. Es sei hier eine tragfähige Lösung gefunden worden.



Ratsmitglied Silbernagel war der Meinung, dass die heute vorliegende Sitzungsvorlage einen verträglicheren Charakter als die ursprüngliche habe. Es sei jetzt eine annehmbare Lösung gefunden worden. Die FDP-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage zu.

Ratsmitglied Marquardt stellte fest, dass viele Kommunen im süddeutschen Raum ähnliche Probleme hätten. Aus der Sitzungsvorlage gehe aber eindeutig hervor, dass das geologische Landesamt eine Grundwassergefährdung ausschließe. Es werde jetzt von 100 Fällen gesprochen, in denen die Stadt unter Umständen die Kosten für die Grabhülle übernehme. Dies wären in der Summe 60.000 Euro an Kosten. Bei dieser Summe wäre eine Drainage in jedem Fall kostengünstiger. Er glaube, dass hier in Queichheim möglicherweise ein Versuchsballon gestartet worden sei. Man lebe hier im christlichen Abendland, in denen Bestattungen immer noch stark christlich geprägt seien. Eine religiös motivierte Erdbestattung sei vielen Menschen nach wie vor wichtig und gebe ihnen das Gefühl, nach ihrem Tod gut aufgehoben zu sein. Gut aufgehoben zu sein bedeute aber nicht, in Grabhüllen gelegt zu werden. Die christliche Erdbestattung orientiere sich an der Grablegung Christi. Man sollte alles dafür tun, dies den Menschen in Queichheim weiterhin zu ermöglichen. Die UBFL-Stadtratsfraktion lehne die Sitzungsvorlage ab.

Ratsmitglied Casella sagte, dass es diese Probleme beispielsweise in Sizilien schon lange gebe. Dort werde in Zinksärgen bestattet und dies funktioniere sehr gut.

Ratsmitglied Schwarzmüller sprach sich gegen die Vorlage aus. Das System mit den Grabhüllen funktioniere nachweislich nicht so wie dargestellt.

Bürgermeister Hirsch erläuterte nochmals das Gutachten des geologischen Landesamtes. Es gebe derzeit nur die Alternativen Grabhülle oder Urnenbestattung. Dazwischen gebe es nichts. Die Drainage sei vom Landesamt ausdrücklich ausgeschlossen.

Ratsmitglied Scheid sah schon eine gewisse Einschränkung darin, dass gesagt werde „wo der Einsatz von Grabhüllen technisch möglich ist“. Was passiere dann dort, wo dies nicht möglich ist.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 38 Ja,- 5 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung:

**I. den dieser Sitzungsvorlage als Anlage 1 beigefügten Entwurf der Friedhofssatzung als Satzung.**

**II. Die Stadt übernimmt die Kosten für den Einsatz von Grabhüllen für bereits vergebene Wahlgräber, deren Restnutzungsdauer bei Belegung die Einhaltung der Ruhefrist erlaubt.**

**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 16. (öffentlich)**

**Neuwahl des Umlegungsausschusses**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 17. Juni 2010, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**Der Stadtrat wählt folgende Mitglieder in den Umlegungsausschuss:**

**Katasteramt**

**Baumann Günter \*** (Vorsitzender)  
**Theuer Klaus \*** (stellvertretender Vorsitzender)



**Partei Mitglied**

---

- SPD**
- a) Eisold Klaus
  - b) Dr. Blinn Hans-Jürgen
  - c) Baum-Baur S. / Casella F. / Chillemi-Jungmann F. / Demmerle H. / Dr. Ingenthron M. / Dr. Kopf H. / Prof. Leiner P. / Ludwig K. / Scharhag G. / Thiel H.-P. / Vogler M. / Walz N.
- CDU**
- a) Eichhorn Rudi
  - b) Morio Rolf
  - c) Lerch P. / Heuberger P. / Kern W. / Doll J. / Dr. Bals T. / Burckhardt S. / Müller D. / Prokop W. / Zandonella S.
- FDP**
- a) Pfaffmann Otto
  - b) Heupel Martin
  - c) Silbernagel Jochen / Dr. Wissing Elke
- FWG**
- a) Silbernagel Horst \*
  - b) Dicker Bernd \*



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 17. (öffentlich)**

**Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH, 1. Feststellung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes 2009, 2. Verwendung des Jahresergebnisses 2009, 3. Entlastung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates**

Der Vorsitzende verwies auf die Sitzungsvorlage der Stadtholding vom 27. Mai 2010, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Bürgermeister Hirsch erläuterte als Geschäftsführer der Stadtholding Landau GmbH die Vorlage. Mit dem Ergebnis des Jahres 2009 könne man erneut zufrieden sein. Das gestellte Ziel, einen Überschuss von 300.000 Euro auszuweisen, sei erreicht worden. Die operativen Geschäftsfelder hätten sich alle in einem wirtschaftlich schwierigen Umfeld bewegt. Daher sei man froh, dass man dieses Ergebnis erreichen konnte. Der Wermutstropfen sei, dass man empfehle, in diesem Jahr zunächst keine Ausschüttung an die Stadt Landau zu beschließen. Hintergrund sei, dass die Stadtholding sehr stark abhängig sei von der Dividende der Energie Südwest. Die schwierige Situation um das Geothermiekraftwerk sei ja hinlänglich bekannt. Wenn es zu einer Stilllegung des Kraftwerkes komme, könnten dort neue Kosten entstehen. Dies könnte sich dann auf das Ergebnis der Stadtholding auswirken.

Ratsmitglied Kautzmann dankte im Namen der CDU-Stadtratsfraktion der Stadtholding und allen Mitarbeitern für die hervorragende Arbeit, die dort geleistet werde. Hier liege ein vorbildliches betriebswirtschaftliches Ergebnis vor.

Ratsmitglied Eisold wies darauf hin, dass es wichtig sei, dass die Stadtholding genauso sorgsam mit dem Geld umgehe wie die Stadt.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**Der Stadtrat empfiehlt dem Oberbürgermeister in der Gesellschafterversammlung,**

**1. den Jahresabschluss 2009 der Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH mit einer Bilanzsumme von EUR 25.937.584,52 und einem Jahresgewinn von EUR 301.537,39 festzustellen.**

**2. den Jahresgewinn wie folgt zu verwenden:**

**Vortrag des Jahresüberschusses in Höhe von 301.537,39 EUR auf neue Rechnung.**

**3. den Geschäftsführern Herrn Thomas Hirsch und Herrn Martin Messemer sowie dem Aufsichtsrat der Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH für das Geschäftsjahr 2009 Entlastung zu erteilen.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 18. (öffentlich)**

**Freizeitbad LA OLA, Anpassung Tarifstruktur**

Der Vorsitzende verwies auf die Sitzungsvorlage der Stadtholding vom 8. Juni 2010, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Bürgermeister Hirsch erläuterte als Geschäftsführer der Stadtholding Landau GmbH die Vorlage. Seit der Einführung des Euro habe es keine Veränderung in der Tarifstruktur mehr gegeben. Die Vorlage basiere auf den Ergebnissen entsprechender Besucherbefragungen. Neben der Anpassung der Tarife gebe es auch eine Ausweitung der Öffnungszeiten. Die Anpassung sei marktgerecht und verträglich.

Ratsmitglied Lerch fand es sehr positiv, dass die Vorlage das Ergebnis einer Kundenbefragung sei. Er begrüße es ausdrücklich, dass bei der neuen Preisgestaltung auch die Kinderfreundlichkeit erhalten bleibe. Die CDU-Stadtratsfraktion stimme der Sitzungsvorlage zu.

Ratsmitglied Marquardt hatte keine Probleme mit den neuen Tarifen. Mit der Erhöhung um 40 Cent werde man leben können. Er gebe aber zu bedenken, wie weit die Arbeitszeit des Personals durch die Ausweitung der Öffnungszeiten familienfreundlich sei.

Bürgermeister Hirsch erläuterte zur Frage der Arbeitszeit.

Ratsmitglied Ellinghaus begrüßte die Verlängerung der Öffnungszeiten.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**der Anpassung der Tarifstruktur und der Änderung der Öffnungszeiten im Freizeitbad LA OLA ab 1. September 2010 in der vorgelegten Fassung zuzustimmen.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 19. (öffentlich)**

**Bildung eines Umweltamtes; Änderung des Dezernatsverteilungsplans**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Organisationsabteilung vom 8. Juni 2010, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Dr. Migl erklärte, dass die UBFL-Stadtratsfraktion der Sitzungsvorlage zustimmen werde. Sie könne sich aber nicht vorstellen, dass dies ohne höhere Kosten gehen könne. Insgesamt sei dies jedoch eine sinnvolle Lösung, die dem Umweltbereich eine größere Bedeutung gebe.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**der Änderung des in der Anlage beigefügten Dezernatsverteilungsplans zuzustimmen.**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 20. (öffentlich)

**Spenden, Sponsoringleistungen, Schenkungen und ähnliche Zuwendungen gem. § 94 Absatz 3 Gemeindeordnung**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Finanzverwaltung und der Wirtschaftsförderung vom 16. Juni 2010, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**der Annahme nachfolgender Spenden, Sponsoringleistungen, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen an die Stadt Landau sowie von der Sparkassenstiftung an Dritte, über die der Oberbürgermeister entscheidet oder dem Stiftungskuratorium einen Verwendungsvorschlag unterbreitet, zuzustimmen.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 21. (öffentlich)**

**Hauptsatzung**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Rechtsabteilung vom 8. Juni 2010, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Marquardt erklärte, dass die UBFL-Stadtratsfraktion der Vorlage nicht zustimmen werde. Beträge bis zu 30.000 Euro für Grundstücksveräußerungen seien zu hoch. Für ihn wäre ein Betrag von 15.000 Euro als Geschäft der laufenden Verwaltung noch in Ordnung. Alles was darüber hinaus gehe müsse in den Stadtrat gehen, andernfalls fehle die nötige Transparenz.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 41 Ja- und 3 Nein-Stimmen:

**den dieser Sitzungsvorlage als Anlage beigefügten Entwurf zur Änderung der Hauptsatzung als Satzung.**





**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 22. (öffentlich)**

**Ausbaubeitragssatzung (wiederkehrende Beiträge)**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Rechtsabteilung vom 8. Juni 2010, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Volkhardt fand diese Regelung für nicht praktikabel. Seiner Meinung nach brauche der Bürger einen Bescheid, aus dem hervorgehe was wann zu zahlen sei. Die Folge wären Mahnungen, die bei den Bürgern immer Missmut bringe. Die FWG-Stadtratsfraktion werde der Vorlage nicht zustimmen.

Herr Kaiser erläuterte, dass der Bürger einen Bescheid bekomme, der dann für vier Jahre gültig sei.

Ratsmitglied Silbernagel erklärte, dass die FDP-Stadtratsfraktion gegen die wiederkehrenden Beiträge gewesen sei und in der Folge auch diese Vorlage ablehne.

Ratsmitglied Dr. Migl schloss sich den Ausführungen von Herrn Volkhardt an. Sie halte die Vorgehensweise auch nicht für praktikabel, daher werde die UBFL-Stadtratsfraktion gegen die Vorlage stimmen.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 32 Ja- und 11 Nein-Stimmen:

**den dieser Sitzungsvorlage als Anlage beigefügten Entwurf zur  
Änderung der Ausbaubeitragssatzung  
als Satzung.**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 23. (öffentlich)

**Benutzungs- und Kostenordnung für die außerschulische Nutzung von Räumen in Landauer Schulen (ausgenommen Schulsporthallen)**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Amtes für Schulen, Kultur und Sport vom 1. Juni 2010, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**der dieser Sitzungsvorlage als Anlage beigefügten Benutzungs- und Kostenordnung für die außerschulische Nutzung von Räumen in Landauer Schulen zuzustimmen.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 24. (öffentlich)**

**Bereitstellung von überplanmäßige Mittel für die Beschaffung von Lernmittel im Rahmen der Lernmittelfreiheit und der entgeltlichen Schulbuchausleihe**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Amtes für Schulen, Kultur und Sport vom 17. Juni 2010, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Schröer wollte wissen, wie die Kosten für die Verpackung der Bücher abgerechnet werden.

Herr Müller erläuterte, dass alles in den Verwaltungskosten von 9 Euro drin sei. Ob die 76.000 Euro des Landes ausreichen werden, könne man noch nicht sagen.

Ratsmitglied Silbernagel bat um eine Aufstellung, wie viele Familien in welchen Schularten eine komplette Lernmittelfreiheit bekämen. Zudem wollte er wissen, was passiere, wenn die Schulbücher in einem nicht mehr verwertbaren Zustand zurückkämen.

Herr Müller erklärte, dass die Kosten dann den Eltern in Rechnung gestellt werden.

Herr Tas erklärte, dass die ausländischen Mitbürger große Probleme mit dem Ausfüllen der Anträge hätten.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**im Vorgriff auf den Nachtragshaushalt 2010 für die Beschaffung von Lernmitteln im Rahmen der Lernmittelfreiheit und der entgeltlichen Ausleihe überplanmäßige Mittel auf dem Produktkonto 2420.5245 in Höhe von 321.000 € bereitzustellen. Diese Ausgaben sind gedeckt durch die 100 %ige Kostenbeteiligung des Landes.**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 25. (öffentlich)

**1. Erhebung von Ausbaubeiträgen für die Herstellung der Straßenoberflächenentwässerung für verschiedene Straßen im Stadtteil Nußdorf**

**2. Bildung der Abrechnungsgebiete und Festlegung des Anteils der Stadt Landau in der Pfalz am beitragsfähigen Ausbauraufwand**

*Die Ratsmitglieder Eichhorn und Pfaffmann waren gemäß § 22 Abs. 1 Nr. 1 GemO befangen und nahmen an der Beratung und Abstimmung dieses Tagesordnungspunktes nicht teil.*

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 28. April 2010, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**1. Die Straßenoberflächenentwässerung ist als beitragspflichtige Teileinrichtung für die Straßen**

**Bauerngasse  
Am Kindergarten / Teile der Kirchstraße/ Kohlwoog**

**abzurechnen.**

**2. Aufgrund der Satzung der Stadt Landau in der Pfalz über die Erhebung einmaliger Beiträge für öffentliche Verkehrsanlagen sowie der §§ 2, 7 und 10 KAG werden für die Erhebung von Ausbaubeiträgen folgende Abrechnungsgebiete festgelegt und der Anteil, den die Stadt Landau in der Pfalz übernimmt, wie folgt festgesetzt:**

**2.1 Abrechnungsgebiete**

**Abrechnungsgebiet 1: Bauerngasse ( zwischen Geißelgasse und Walsheimer Straße )**

**Abrechnungsgebiet 2: Am Kindergarten, Teile der Kirchstraße, Kohlwoog ( zwischen Geißelgasse und Gartenstraße**

**Zum jeweiligen Abrechnungsgebiet gehören die in den beigefügten Lageplänen gekennzeichneten Erschließungsanlagen und alle Grundstücke innerhalb der Grenzen der Abrechnungsgebiete.**

**Die Grenzen der Abrechnungsgebiete werden durch die schwarzen Linien im Plan dargestellt. Die Lagepläne mit seinen Eintragungen sind Bestandteil dieses Beschlusses.**

**2.2 Anteil der Stadt Landau in der Pfalz an den beitragsfähigen Aufwendungen**

**Der Anteil der Stadt Landau in der Pfalz an den beitragsfähigen Aufwendungen für die einzelnen Abrechnungsgebiete wird wie folgt festgesetzt:**

<b>Abrechnungsgebiet</b>	<b>1 + 2</b>	<b>25 %</b>
--------------------------	--------------	-------------

*Die Ratsmitglieder Eichhorn und Pfaffmann nahmen wieder an den weiteren Beratungen und Abstimmungen teil.*

Niederschrift des Tagesordnungspunktes 26. (öffentlich)



**Bebauungsplan C 29 der Stadt Landau in der Pfalz (Gebiet in der Gemarkung Landau, nördlich der August-Croissant-Straße, westlich der Thomas-Nast-Straße und östlich der Neustadter Straße), Änderung des Aufstellungsbeschlusses**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 26. Mai 2010, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

- 1. Der am 03. Mai 2005 gefasste Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan C 29, dessen räumliche Umgrenzung in der Anlage zu dieser Sitzungsvorlage dargestellt ist, wird aufgrund veränderter Rahmenbedingungen nach Maßgabe der nachfolgenden Begründung geändert.**
- 2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB auf der Grundlage der in der Begründung dargestellten Planungsziele durchzuführen.**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 27. (öffentlich)

**Satzung über die Veränderungssperre für das Gebiet des Bebauungsplanes C 29  
(Gebiet in der Gemarkung Landau, nördlich der August-Croissant-Straße, westlich der  
Thomas-Nast-Straße und östlich der Neustadter Straße)**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 25. Mai 2010, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**Der in der Anlage 2 zu dieser Sitzungsvorlage beigefügte Entwurf einer Veränderungssperre wird als Satzung beschlossen.**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 28. (öffentlich)

**Aufstellung der 11. Teiländerung des Flächennutzungsplanes 2010 im Parallelverfahren zur Aufstellung des Bebauungsplanes C29 (Gebiet in der Gemarkung Landau, nördlich der August-Croissant-Straße, westlich der Thomas-Nast-Straße und östlich der Neustadter Straße)**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 26. Mai 2010, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Lerch erkundigte sich nach dem aktuellen Sachstand.

Herr Heder erläuterte, dass die Grundzüge der Planung klar sein müssten.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 40 Ja-, 1 Nein-Stimme und 2 Enthaltungen:

- 1. Für das in der Anlage umgrenzte Gebiet wird die Aufstellung der 11. Teiländerung des am 27. Januar 2000 wirksam gewordenen Flächennutzungsplanes 2010 der Stadt Landau in der Pfalz im Parallelverfahren zum Bebauungsplan C 29 beschlossen.**
- 2. Die Verwaltung wird beauftragt die Beteiligung der Öffentlichkeit gem. §3 Abs. 1 BauGB und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB vorzunehmen.**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 29. (öffentlich)

**Erhebung von Beiträgen für die Erneuerung der Beleuchtungsanlage in der Vogesenstraße und Gabelsbergerstraße, Bildung der Abrechnungsgebiete, Festlegung des Anteils der Stadt Landau an den Aufwendungen, Erhebung von Vorausleistungen**

*Das Ratsmitglied Ludwig war gemäß § 22 Abs. 1 Nr. 1 GemO befangen und nahm an der Beratung und Abstimmung dieses Tagesordnungspunktes nicht teil.*

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 15. Juni 2010, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**Aufgrund der Satzung der Stadt Landau in der Pfalz über die Erhebung einmaliger Beiträge für öffentliche Verkehrsanlagen sowie der §§ 2, 7 und 10 KAG werden für die Erhebung von Ausbaubeiträgen folgende Abrechnungsgebiete festgelegt und der Anteil, den die Stadt Landau in der Pfalz übernimmt, wie folgt festgesetzt:**

**a) Abrechnungsgebiete**

**Abrechnungsgebiet Vogesenstraße**

**Vogesenstraße, zwischen dem Kreuzungsbereich Ludowicstraße/ Vogesenstraße/ Franz-Schubert-Straße und dem Kreuzungsbereich Cornichonstraße/Vogesenstraße.**

**Abrechnungsgebiet südliche Gabelsbergerstraße**

**Südliche Gabelsbergerstraße, zwischen dem Kreuzungsbereich Mozartstraße/Gabelsbergerstraße und dem Kreuzungsbereich Vogesenstraße/Gabelsbergerstraße**

**Abrechnungsgebiet nördliche Gabelsbergerstraße**

**Nördliche Gabelsbergerstraße, zwischen dem Kreuzungsbereich Vogesenstraße/Gabelsbergerstraße und dem Kreuzungsbereich Rheinstraße (L 509)/ Gabelsbergerstraße**

**Zum jeweiligen Abrechnungsgebiet gehört die im beigefügtem Lageplan gekennzeichnete Erschließungsanlage und alle Grundstücke innerhalb der Grenzen des Abrechnungsgebietes.**

**Die Grenzen der Abrechnungsgebiete werden durch die schwarzen Linien im Plan dargestellt. Die Lagepläne mit seinen Eintragungen ist Bestandteil dieses Beschlusses.**

**b) Anteil der Stadt Landau in der Pfalz an den beitragsfähigen Aufwendungen**

**Der Anteil der Stadt Landau in der Pfalz an den beitragsfähigen Aufwendungen beträgt 30 %.**

**c) Vorausleistungen**

**Aufgrund § 7 Abs. 5 KAG i.V.m. § 8 der Ausbaubeitragssatzung der Stadt Landau in der Pfalz, werden auf die Erneuerung der Beleuchtungsanlage in der Vogesenstraße und Gabelsbergerstraße Vorausleistungen in Höhe von 100 % des voraussichtlichen Beitrages erhoben.**

*Ratsmitglied Ludwig nahm wieder an den weiteren Beratungen und Abstimmungen teil.*



**Stadt Landau** in der Pfalz





Niederschrift des Tagesordnungspunktes 30. (öffentlich)

1. **Erhebung von Ausbaubeiträgen für die Herstellung der Straßenoberflächenentwässerung für die Straßen Friedrich-Ebert-Straße (nördl. u. südl. Teilstück), Horstschanze (südl. Teilstück), Prießnitzweg, Trappengasse in Landau in der Pfalz**
2. **Bildung der Abrechnungsgebiete und Festlegung des Anteils der Stadt Landau in der Pfalz am beitragsfähigen Ausbauaufwand**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 15. Juni 2010, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

1. **Die Straßenoberflächenentwässerung ist als beitragspflichtige Teileinrichtung für die Straßen**

**Friedrich-Ebert-Straße ( nördliches Teilstück )**

**Friedrich-Ebert-Straße ( südliches Teilstück )**

**Horstschanze ( südliches Teilstück )**

**Prießnitzweg**

**Trappengasse**

**abzurechnen.**

2. **Aufgrund der Satzung der Stadt Landau i.d.Pf. über die Erhebung einmaliger Beiträge für öffentliche Verkehrsanlagen sowie der §§ 2, 7 und 10 KAG werden für die Erhebung von Ausbaubeiträgen folgende Abrechnungsgebiete festgelegt und der Anteil, den die Stadt Landau in der Pfalz übernimmt, wie folgt festgesetzt:**

#### **2.1 Abrechnungsgebiete**

**Abrechnungsgebiet 1: Friedrich-Ebert-Straße von der Reiterstraße bis zum Marienring**

**Abrechnungsgebiet 2: Friedrich-Ebert-Straße von Marienring bis zur Cornichonstraße**

**Abrechnungsgebiet 3: Horstschanze von der August-Croissant-Straße bis zur Horststraße/Horstbrücke**

**Abrechnungsgebiet 4: Prießnitzweg**

**Abrechnungsgebiet 5: Trappengasse zwischen Königstraße und Kronstraße**

**Zum jeweiligen Abrechnungsgebiet gehören die im beigefügten Lageplan gekennzeichneten Erschließungsanlagen und alle Grundstücke innerhalb der Grenzen der Abrechnungsgebiete.**

**Die Grenzen der Abrechnungsgebiete werden durch die schwarzen Linien im Plan dargestellt. Die Lagepläne mit ihren Eintragungen sind Bestandteil dieses Beschlusses.**

#### **2.2 Anteil der Stadt Landau i.d.Pf. an den beitragsfähigen Aufwendungen**

**Der Anteil der Stadt Landau i.d.Pf. an den beitragsfähigen Aufwendungen für die einzelnen Abrechnungsgebiete wird wie folgt festgesetzt:**



<b>Abrechnungsgebiet</b>	<b>1</b>	<b>60 %</b>
<b>Abrechnungsgebiet</b>	<b>2</b>	<b>45 %</b>
<b>Abrechnungsgebiet</b>	<b>3 und 4</b>	<b>25 %</b>
<b>Abrechnungsgebiet</b>	<b>5</b>	<b>30 %</b>



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 31. (öffentlich)

- 1. Erhebung von Ausbaubeiträgen für die Erneuerung der Straßenoberflächenentwässerung für die Staubgasse im Stadtteil Arzheim**
- 2. Bildung des Abrechnungsgebietes und Festlegung des Anteils der Stadt Landau in der Pfalz am beitragsfähigen Ausbauaufwand**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 16. Juni 2010, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

- 1. Die Straßenoberflächenentwässerung ist als beitragspflichtige Teileinrichtung für die Staubgasse abzurechnen.**
- 2. Aufgrund der Satzung der Stadt Landau in der Pfalz über die Erhebung einmaliger Beiträge für öffentliche Verkehrsanlagen sowie der §§ 2, 7 und 10 KAG werden für die Erhebung von Ausbaubeiträgen folgende Abrechnungsgebiete festgelegt und der Anteil, den die Stadt Landau in der Pfalz übernimmt, wie folgt festgesetzt:**

#### **2.1 Abrechnungsgebiet**

**Staubgasse im Stadtteil Arzheim.**

**Zum Abrechnungsgebiet gehört die im beigelegten Lageplan gekennzeichnete Erschließungsanlage und alle Grundstücke innerhalb der Grenzen des Abrechnungsgebietes.**

**Die Grenzen des Abrechnungsgebietes werden durch die schwarzen Linien im Plan dargestellt. Der Lageplan mit seinen Eintragungen ist Bestandteil dieses Beschlusses.**

#### **2.2 Anteil der Stadt Landau in der Pfalz an den beitragsfähigen Aufwendungen**

**Der Anteil der Stadt Landau in der Pfalz an den beitragsfähigen Aufwendungen für das Abrechnungsgebiet wird auf 25% festgesetzt.**



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 32. (öffentlich)

### Verschiedenes

Ratsmitglied Schröder teilte mit, dass sie eine Bürgerbeschwerde habe, dass zu einem Holzlager im Justus Tag- und Nacht Transporte stattfinden würden.

Ratsmitglied Eisold bestätigte die Aussagen von Frau Schröder. Hier müsse unbedingt kontrolliert werden.

Der Vorsitzende sicherte eine Überprüfung zu.

Ratsmitglied Pfaffmann erklärte, dass es bei den Winzern Ärger gebe über die Feldwegebeiträge. Die notwendigen Reparaturarbeiten an den Feldwegen würden nicht so erledigt, wie man das erwarte. Der Zustand sei für die Winzer nicht haltbar, da durch Schäden in den Feldwegen teilweise auch Schäden an landwirtschaftlichen Fahrzeugen entstünden. Auf Schreiben habe die Verwaltung bisher nicht reagiert, daher wende er sich nun auf diesem Wege an den Oberbürgermeister.

Ratsmitglied Eisold wies daraufhin, dass bei der Kneipe der Hell's-Angels-Kneipe in der Marktstraße bis 1.00 Uhr nachts draußen gesessen werde.

Der Vorsitzende sicherte auch hier eine Überprüfung zu.



Die Niederschrift über die 10. Sitzung des Stadtrates der Stadt Landau in der Pfalz am 29.06.2010 umfasst 37 Teilprotokolle. Sie enthält die fortlaufend nummerierten Blätter 1 bis 249.

Vorsitzender

Gesehen:

Hans-Dieter Schlimmer  
Oberbürgermeister

Thomas Hirsch  
Bürgermeister

Markus Geib  
Schriftführer

Rudi Klemm  
Beigeordneter

Maria Helene Schlösser  
Beigeordnete